

**Plenumssitzung der AG gem. § 78 SGB VIII „Tagesbetreuung von Kindern“ im Bezirk Pankow  
Protokoll vom 23.05.2018**

Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Protokollführung: K. Uhlemann

TOP / Thema		Ergebnis	
1.	Vorstellen und Abstimmen der Tagesordnung	Die Tagesordnung wurde umgestellt und angenommen	B
2.	Protokollkontrolle	Das Protokoll der Plenumssitzung vom 15.11.2017 wurde ohne Beanstandungen verabschiedet.	B
3.	Informationen aus der Landes-AG	<p>Die Landesarbeitsgemeinschaft gem. §78 hat sich gegründet. Die Initiative ging ursprünglich von Pankow aus. Es wurde eine Geschäftsordnung erstellt. Vorgesehen sind mindestens 3 Treffen pro Jahr zu fachpolitischen Themen. Es soll sowohl auf Landesebene als auch mit dem Landesjugendhilfeausschuß (LJHA) zusammen gearbeitet werden. Die Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt gestaltet sich schwierig, bisher wurde auf Einladungen nicht reagiert. Pro Bezirk sind 2 VertreterInnen vorgesehen. Jeder Bezirk hat eine Stimme. Für Pankow sind Frau Schubert, Frau Reinsch-Neumann und Frau Pause vorgesehen. Sprecher der AG wird Herr Unger, Vertreter der Kindervereinigung e.V. und Frau Dombrowe, DRK</p> <p>Am 07.06.2018 wird es eine Anhörung vor dem Abgeordnetenhaus zur aktuellen Kitaproblematik geben Das Ergebnis der Petition wird dort vorgestellt mit den wichtigsten Themen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zugangsvoraussetzungen für Erzieher, welche Qualifikationen?</li> <li>- Personalschlüssel und gegenwärtige Belastungen (dazu wird eine Kitaleiterin sprechen)</li> <li>- Quereinsteiger und Ausbildungsvergütung</li> <li>- Leistungsanspruch an Qualität</li> </ul> <p>Durch die SprecherIn der Landes-AG werden folgende Vorschläge eingebracht:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Veränderung des Fachkräftegebots, was den freien Trägern Spielräume ermöglichen würde (nach „oben“ und „unten“; 80% Fachkräfte und 20% freie Kräfte; freie Kräfte wären weiterhin anzeigepflichtig)</li> <li>▪ Für Personen mit artverwandtem oder im Ausland erworbenem pädagogischem Abschluss müssten vereinfachte Verfahren der Anerkennung als Fachkraft mit geringstmöglichen Auflagen geschaffen werden. Eine Anerkennung als Fachkraft könnte auch erfolgen, wenn der Träger eine Anschlussfähigkeit über von ihm organisierte Weiterbildungen, Teamfortbildungen und Team-Tage sowie durch Fachberatung herstellt. (<i>Forderung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin e.V.</i>)</li> <li>▪ Erteilung einer Rechtssicherheit für die Träger durch die Senatsverwaltung bei Überbelegung wäre notwendig</li> </ul> <p>Eröffnung der Diskussion zur tariflichen Wertschätzung der pädagogischen Fachkräfte in den Kindertagesstätten – Orientierung am Grundschullehrergehalt</p> <p>Am 08.06. sind 5 Sprecher der Landes-AG in die UAG Kindertagesbetreuung des LJHA eingeladen, Frau Keil ist dort Teilnehmerin und eine wichtige Schnittstelle zur Landes AG.</p> <p>Thema wird auch dort die prekäre Situation mit Fachpersonal und der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz sein.</p>	I
4.	Bericht aus den Ar-	Aus den Arbeitsgruppen Miete und Nutzungsverträge war niemand anwesend	I

	beitsgruppen	Geschäftsführerstammtisch ist seit Ende 2017 aktiv, es gibt 11 Teilnehmer/innen. Weitere Teilnehmer sind aufgrund der Größe der Gruppe nicht möglich aber es kann sich ein weiterer Stammtisch gründen, Anfragen gern über die Vorstandsmitglieder A. Schumacher oder S. Schubert.	
5.	Fachvortrag „EU-Datenschutzrichtlinien“ Markus Pleyer (Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin e.V.)	<p>Die Präsentation „Datenschutzrechtliche Anforderungen und Grundsätze“ wird mit dem Protokollentwurf versandt.</p> <p>Der Vortrag:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• „gesetzlicher Datenschutz – was soll geschützt werden?“</li> <li>• ein Muster für Verfahrensverzeichnis und</li> <li>• ein Muster einer Datenschutzerklärung der Anwaltskammer wird mit dem Protokollentwurf ebenfalls versandt.</li> </ul> <p>Folgende Publikation wird den Anwesenden zur Verfügung gestellt: „Erste Hilfe zur Datenschutzverordnung für Unternehmen und Vereine – Das Sofortmaßnahmen-Paket“ Sonderausgabe für: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., C.H.Beck Verlag, 2017.</p>	I
6.	Bericht aus dem Jugendamt	<p>Die Fachdienstleitung Frau Riemann ist längerfristig erkrankt. Die Vertretung hat Herr Wasniewski übernommen</p> <p>Frau Krause berichtet, dass die erste Lesung des Kitaentwicklungsplanes (KEP) im Kinder- und Jugendhilfeausschuss am 29.05.2018 erfolgen wird. Frau Berthold ergänzt, dass es sich auf Grund der bekannten Rahmenbedingungen 2018 nicht um ein Planungsdokument im traditionellen Sinne handeln kann. Der Beschluss über den KEP wird im KJHA Ende Juni gefasst. Zukünftig ist ein monatliches Monitoring der Kitadaten geplant.</p> <p>Die Problematik der Kitaplatzversorgung betrifft ganz Berlin. Eine weitere Maßnahme ist die Kooperationsvereinbarung mit dem Eigenbetrieb NordOst über das Verfahren zur Unterstützung der Jugendämter beim Nachweis freier Kitaplätze. (entsprechend §20 KitaFöG). Die Vereinbarung wurde mit den beteiligten Jugendämtern Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Pankow abgeschlossen. Sie beinhaltet dass 3% der frei werdenden Plätze den Jugendämtern kurzfristig zur Verfügung gestellt werden. In Pankow wären das 135 Plätze im Jahr. Das Grundproblem wird dadurch nicht gelöst. Eine Überprüfung der Wirksamkeit dieser Vereinbarung wird Ende 2018 Anfang 2019 stattfinden.</p> <p>Eine weitere Maßnahme ist die Ersatzbeschaffung bzw. der Aufwendersersatz für selbstbeschaffte Kindertagesbetreuung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• unter bestimmten vorgegeben Voraussetzungen kann das Jugendamt die erforderlichen Aufwendungen für eine selbstbeschaffte Kindertagesbetreuung übernehmen, dazu wird eine Vereinbarung zwischen Eltern und dem Jugendamt geschlossen</li> <li>• die Erstattung der Aufwendungen wird unter Vorlage einer Rechnung vorgenommen (keine Vorauszahlung)</li> <li>• die Aufwendungen müssen angemessen sein, d.h. die Dauer der Betreuung entspricht dem anerkannten Umfang im Kitagutschein</li> <li>• die Höhe der Finanzierung richtet sich nach den Ausführungsvorschriften zur Kindertagespflege, bzw. maximal bis Kostenfinanzierung eines Kitaplatzes durch das Land Berlin</li> <li>• die Umsetzung der Vereinbarung ist nicht einfach</li> <li>• bisher wurde die Ersatzbeschaffung noch nicht in Anspruch genommen</li> </ul> <p>Dieses Verfahren zwischen SenBJF, SenFin und den Bezirken ist zunächst bis zum 31.07.18 vorgesehen.</p> <p>Frau Krause appelliert an die Träger freie Plätze an den Fachdienst Kindertagesbetreuung zu melden.</p> <p>Bezirksstadträtin, Frau Tietje beabsichtigt bei der Plenumssitzung im November teilzunehmen.</p> <p>Die Kitaplatzsituation wird auch im KJHA am 29.05.2018 thematisiert, Frau Reinsch-Neumann wird als Trägervertreterin berichten.</p>	I

		<p>Im Jugendamt wird es ab dem 01.07.2018 einen neuen Fachdienst 6 geben für Fachcontrolling und Koordination Hilfen zur Erziehung.</p> <p>Frau Berthold informiert über die Sportentwicklungsplanung des Bezirkes Pankow, die am 18.05.2018 ihren Auftakt hatte. Der Prozess soll bis 2019 stattfinden und wird extern (Institut INSPO) moderiert. Geplant ist neben einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in Pankow, auch Schulen, Kitas und Jugendfreizeitstätten zu befragen. Das Institut wird sich voraussichtlich im Herbst 2018 an die Kitas wenden. Frau Berthold wirbt für die Beteiligung.</p> <p>Frau Berthold informiert, dass das Familienzentrum in der Kita Schivelbeiner Straße des Kitaeigenbetriebes als viertes landesfinanziertes Familienzentrum ausgewählt wurde. Damit kann eines der ältesten Familienzentren des Bezirkes, das aus Kapazitätsgründen sein Angebot stark reduzieren musste, wieder aktiviert werden.</p>	
7.	Sonstiges	<p>Frau Reinsch-Neumann stellt die Perspektiven zur Kitaplatzsituation aus Vorstandssicht dar: Das öffentliche Interesse an dem Thema „Kita in Krise“ ist sehr groß. Es gibt unterschiedliche „Runden“ zur Kitaplatzsituation. Aufgrund der Klagen durch Eltern, die ihren gesetzlichen Anspruch auf einen Kitaplatz (innerhalb von 5 Wochen) einklagen, gibt es zwei Versorgungslagen: Eltern die über den Weg der Klage mit einem Platz versorgt werden müssen und Eltern auf der Warteliste Durch SenBJF wurde die Frage vor allem an größere Träger gestellt, ob diese nicht zusätzliche Plätze zur Verfügung stellen können. Träger befinden sich dann aber in einem rechtsfreien Raum. Der Personalschlüssel ist vorgegeben. Im Gespräch werden verschiedene Schwerpunkte diskutiert: 1. klare Regelungen zur Aufsichtspflicht / Personalschlüssel: Absenkung des gesetzlich vorgegeben Personalschlüssels von 95% mit der Option, dass Träger in Absprache mit SenBJF Quereinsteiger/ geeignete Personen (max 15- 20%) eigenverantwortlich einstellen können. 2. Gehaltsanpassung: insgesamt müssen viele kleine Maßnahmen greifen die durch alle Beteiligten gleichermaßen getragen werden können.</p> <p>Erfragt werden Erfahrungen mit dem zentralen Vormerksystem: Der Großteil der anwesenden Träger nutzt das zentrale Vormerksystem nicht. Ein Grund wären die Vorbehalte/Angst der Eltern, dadurch aus den anderen Warteliste herauszufallen. 2 Träger berichten von positiven Erfahrungen, da bei Vertragsabschluss mit einem anderen Träger Kinder aus Ihren Wartelisten automatisch gestrichen werden. Eintragung auf mehreren Wartelisten ist möglich. Anfragen zur Handhabung/ Funktionsweise/ mgl. Vereinfachung sollten an ISBJ gesandt werden.</p>	I
		<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Das nächste Plenum der AG 78 findet im Ratssaal im Rathaus Pankow am 14.11.2018 in der Zeit von 14:00-17:00 Uhr statt</b></li> </ul>	I

Legende:

I = Information, V = Vereinbarung, B = Beschluss, A = Antrag